Zivilklausel Uni Kassel:

Beschäftigte treten für den Erhalt ein und befürchten Spaltung der Universität

Pressemitteilung | Kassel, 2.11.2026

Am kommenden Mittwoch entscheiden das Präsidium und der Senat der Universität Kassel über die Zivilklausel. Die bestehende Regelung verpflichtet Forschung, Lehre und Entwicklung zur Ausrichtung auf ausschließlich zivile Zwecke und friedliche Ziele. Ein neuer Entwurf streicht den expliziten Bezug auf das Zivile und ermöglicht damit Kooperationen mit der Rüstungsindustrie.

Die Beschäftigteninitiative "Zivile Uni Kassel" tritt für den Erhalt und die Stärkung der bestehenden Klausel ein. Hunderte Beschäftigte aus fast allen Fachbereichen, Abteilungen und Einrichtungen, darunter knapp 50 Professor:innen, unterstützen dieses Anliegen in einer noch bis Dienstag laufenden Petition.

"In zwei gut besuchten universitätsinternen Diskussionsveranstaltungen sprach sich ein Großteil der Anwesenden für den Erhalt der Zivilklausel und die Förderung der Friedens- und Nachhaltigkeitsforschung aus. Die Studierenden haben im Rahmen einer Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit (82%) für den Erhalt der Zivilklausel gestimmt. In einer noch bis Dienstagmittag laufenden Petition haben sich bisher Hunderte Beschäftigte, darunter knapp 50 Professor:innen, für den Erhalt und die Stärkung der Zivilklausel ausgesprochen. Was braucht es noch, um den Senat und das Präsidium zu überzeugen, dass die in der Zivilklausel vertretenen Werte zu unserer Universität gehören?" fragt Dr. Nina Blasse von der Initiative Zivile Uni Kassel.

"Ich fürchte eine Spaltung der Universität, sofern der Senat am kommenden Mittwoch der Abschaffung der Zivilklausel zustimmt. Viele kritische Stimmen wären dann nicht hinreichend repräsentiert", so Stefan Stache, Vertreter der Gewerkschaftsliste im Senat. Er ergänzt: "Die Universität Kassel hat ein klares Nachhaltigkeitsprofil. Es trägt wesentlich zur Attraktivität der Uni für Beschäftigte und Studierende bei. Die Zivilklausel ist ein wichtiges Element dieses Profils. Mit ihr verpflichtete sich die Uni zu Forschung und Lehre zu zivilen Zwecken gerade auch in Krisenzeiten. Die Befürchtung liegt nahe, dass mit der Abschaffung der Zivilklausel die Interessen einzelner Akteure höher gewichtet werden als das Profil der Universität."

Deutschland erlebt derzeit die größte militärische Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Region Nordhessen ist ein zentraler Rüstungsstandort, der derzeit noch weiter ausgebaut wird. "Der alleinige Fokus auf das Militärische verstellt den Blick auf andere, humanitäre Formen der Konfliktlösung und verengt unser Verständnis von Sicherheit. In Zeiten sozialer und ökologischer Krisen hat unsere Universität eine wichtige Aufgabe in Forschung und Lehre zu erfüllen", so Dr. Nina Blasse von der Initiative. Sie ergänzt: "Jetzt die Zivilklausel gerade im kriegszerstörten Kassel abzuschaffen, ist definitiv das falsche Signal zur falschen Zeit!"

Die Abschaffung der Zivilklausel wird auch damit begründet, dass eine klare Unterscheidung zwischen Militärischem und Zivilem nicht mehr möglich sei. Darauf entgegnet Senator Stache: "Es ist nicht neu, dass zivile Güter militärisch verwendet werden können. Entscheidend ist aber, für welchen Zweck geforscht und gelehrt wird. Und hier lässt sich sehr wohl zwischen zivilen und militärischen Zwecken unterscheiden."

Weitere Informationen unter:

Web: zivile-uni-kassel.de

Instagram: zivileuni_kassel

Pressekontakt: info@zivile-uni-kassel.de